

Substanzielles Protokoll 135. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Samstag, 17. Dezember 2016, 8.30 Uhr bis 12.20 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|----------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 10. | 2016/305 | Weisung vom 14.09.2016:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Global-
budgetantrag | FV |
| 12. | 2016/417 E | Postulat der Grüne-Fraktion vom 30.11.2016:
Einrichtung einer Notfallpraxis am Stadtspital Triemli | VGU |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2529. 2016/305

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 134, Beschluss-Nr. 2529/2016)

Beschlüsse:

Antrag 076.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *In diesem Antrag geht es um die vermehrte Rückforderung von Rechtsschutzkosten bei strafrechtlichen Verurteilungen von Mitarbeitenden. Es geht insbesondere um Polizistinnen und Polizisten, die angeklagt werden. Dies passiert häufig auch zu Unrecht, zum Beispiel, wenn Personen eine Personenkontrolle ungerechtfertigt finden. Selbstverständlich ist es korrekt, dass die Stadtpolizei die Rechtsschutzkosten für das erstinstanzliche Verfahren zunächst übernimmt. Es stellt sich die Frage, was passieren soll, wenn es zu einer strafrechtlichen Verurteilung kommt. Dies war beispielsweise bei der Chilli's Korruptionsaffäre der Fall. Wer soll die Verteidigungskosten übernehmen, wenn es zu einer Verurteilung wegen Amtsmissbrauch kommt? Soll die Person selbst dafür aufkommen müssen? Bei denjenigen Personen, die wegen strafrechtlich relevantem Verhalten verurteilt werden, sollen die entsprechenden Kosten zurückgefordert werden. Der Steuerzahler soll dafür nicht aufkommen müssen. Diese Praxis wird heute bereits teilweise angewandt. In der Chilli's Affäre wurden keine Rückforderungen gestellt. Dies ist aus unserer Sicht falsch.*

Stefan Urech (SVP): *Die SVP ist der Ansicht, dass Stadtpolizisten denselben Anspruch auf Rechtsschutz haben wie alle anderen. Wir stellen jedem Asylbewerber einen Anwalt zur Seite. Wenn man sich anschaut, wie tief die Messlatte für Polizisten mittlerweile angesetzt wird, sind wir gewillt, für die Rechtsschutzkosten aufzukommen.*

S. 199 25
2520
4360 0000

SICHERHEITSDEPARTEMENT
Stadtpolizei
Rückerstattungen Dritter

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
076. Antrag Stadtrat			- 535 400	Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

50 000	- 585 400	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
		Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Begründung:		Vermehrte Rückforderung von Rechtsschutzkosten bei strafrechtlichen Verurteilungen von Mitarbeitenden	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 57 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 077. und 078.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): *Es geht hier um das Bussenkonto. Es ist bemerkenswert, dass Bussen in Höhe von 60 Millionen Franken budgetiert werden. Das wirkt so, als ob die Stadt nebst den Steuereinnahmen auch von Busseinnahmen leben würde. Es soll zwar durchaus ein Ertrag aus Bussen budgetiert werden, diese Budgetierung geht jedoch zu weit. Dies zwingt den Departementschef, seine Polizisten in Scharen auf die Strasse zu schicken, um ein allfälliges nicht erreichtes Budget erreichen zu müssen. Dies beweist die letzte Ausgabe der Lokalzeitung, derzufolge Personal für die Kontrolle von ruhendem Verkehr gesucht werde. Dies führt automatisch zu einem Überwachungsstaat. Der Bürger – hauptsächlich der Autofahrer – soll bei jeder Kleinigkeit gebüsst werden, damit das Millionenbudget erreicht wird. Dies ist nicht zielführend. Es ist schon schlimm genug, dass es 2015 unerwartet zu Mehreinnahmen bei Bussen gekommen war und diese sofort in das Budget 2017 aufgenommen wurden. Deshalb fordern wir, dass Radarkästen, die nichts mit der Verkehrssicherheit zu tun haben und nur den Einnahmen dienen, abgebaut werden. Dies betrifft beispielsweise den Radarkasten an der Bucheggstrasse 110 und denjenigen an der Hohlstrasse 285. Es gibt viele Radarkästen, die nichts mit der Verkehrssicherheit zu tun haben. Auf diese Weise wollen wir das Budget um 5 Millionen Franken verbessern. Wichtig zu erwähnen ist, dass letztes Jahr 500 000 Autofahrer gebüsst worden sind. Bei den Velofahrern waren es nur 1300. Man weiss genau, dass Velofahrer die meisten Vergehen begehen. Ein Velofahrer, der eine Kreuzung trotz Rotlicht überfährt, ist auch gefährlich. Beim Stadtrichteramt ist es auch so, dass die budgetierten Bussen verringert werden sollen. Wir wollen zum Stand der Rechnung 2014 zurückkehren.*

Florian Utz (SP): *Ich könnte auf das gestrige Votum von Stefan Urech (SVP) verweisen. Er sagte, Zürich sei kein rechtsfreier Raum. Diejenigen, die Illegales tun, haben die Konsequenzen zu tragen. Ich werde aber im Detail auf beide Anträge eingehen. Beim ersten Antrag wurde die mündliche Begründung gegenüber der schriftlichen deutlich erweitert. In der schriftlichen Begründung geht es um Radarkästen an zwei Strassen, über die behauptet wird, sie seien nicht relevant für die Verkehrssicherheit. Verkehrssicherheit vor und nach Schulen ist wichtig. Unfälle passieren aber nicht nur dort, sondern überall. Gerade an der Rosengartenstrasse gab es einige hundert Meter vom Radarkasten entfernt einen Unfall. Ich glaube nicht, dass wir sagen können, dass nur 20 % der Strassen unfallgefährdet sind und nur dort Radarkästen montiert werden sollen. Diejenigen, die mit der hiesigen Rechtsordnung im Strassenverkehr Mühe haben, müssen Ordnungsbussen in Kauf nehmen. Deshalb lehnt die Mehrheit den Antrag 077. ab. Der*

Antrag 078. ist aus meiner persönlichen Sicht problematischer. Im Antrag 077. kann mit der optimalen Ausnutzung der Polizeiresourcen argumentiert werden. Man kann diskutieren, ob Velofahrer häufiger kontrolliert werden sollen. Das Stadtrichteramt führt jedoch selbst keine Kontrollen durch. Es erhält die Polizeirapporte und die Messungen der automatischen Verkehrskontrolle. Es muss nur noch überprüft werden, ob ein Gesetzesverstoss vorliegt. Der Ermessensspielraum ist minimal. Es würde sich um eine Begünstigung handeln, wenn nicht alle Verstösse gleichermassen geahndet würden. Wenn gesagt wird, es müssten 15 % weniger Bussen verteilt werden, kann man diese Aussage als Aufforderung zur Begünstigung auffassen. Als Stadtpolizist wäre ich persönlich beleidigt über diesen Antrag, weil das Stadtrichteramt in mindestens 15 % der Fälle sagen müsste, die Polizei habe schlechte Arbeit geleistet.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Gestern wurde hier der Drogenkonsum verharmlost. Es wurde gesagt, man müsse nicht so genau hinschauen. Wenn im Kreis vier und fünf zugehörnte Leute im Ausgang sind, urinieren sie auf öffentliche Plätze und greifen Polizisten an. Wenn vor meiner Wohnung gekiffert wird, fühle ich mich in meiner persönlichen Freiheit eingeschränkt. Wenn dem nicht nachgegangen wird, handelt es sich um einen rechtsfreien Raum. Bei den erwähnten Radargeräten gibt es weder eine Schule, noch einen Kindergarten. Es gibt dort keinen Fussgängerstreifen. Es sind Radargeräte, die direkt nach dem Tunnel stehen. Sie dienen einzig der Geldmacherei. Derjenige an der Bucheggstrasse bringt jährlich 30 000 Franken ein. Das ist unglaublich. Wenn man aus diesem Tunnel herausfährt und sieben oder fünf Stundenkilometer zu schnell fährt, muss die Stadt offenbar ganz genau hinschauen. Auf dem Koch-Areal und in den Kreisen vier und fünf werden bei Gesetzesverstössen beide Augen zugeedrückt. Bei denjenigen, die zur Arbeit fahren oder nach Hause kommen, gilt Nulltoleranz. Das verstehe ich nicht. Man muss auch die Verhältnismässigkeit beachten. 306 000 Franken werden durch Rotlichtübertretungen von Autofahrern in die Stadtkasse gespült. Bei den Velofahrern sind es insgesamt 77 000 Franken. Ich weiss nicht, wie man das verhältnismässig finden kann. Wenn ich an eine RPK- oder Gemeinderatssitzung mit dem Velo fahre, komme ich mir dumm vor, wenn ich bei einem Rotlicht warte und jeweils etwa fünf Velofahrer an mir vorbeifahren.*

Simone Brander (SP): *Erst vor einem Monat gab es unweit des Radarkastens an der Bucheggstrasse 10 einen sehr schweren Unfall. Eine verletzte Person musste ins Spital. Ich finde es unangebracht, wie sich Stephan Iten (SVP) über die Situation geäussert hat.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es kann darüber diskutiert werden, ob Ordnungsbussen überhaupt budgetiert werden sollen. Man könnte den Standpunkt vertreten, dies gehöre nicht ins Budget und müsse als ausserordentliche Einnahme gelten. Diese müssten dazu verwendet werden, um Schulden zu tilgen. Ordnungsbussen werden budgetiert und können somit wieder ausgegeben werden, um neue Radarkästen und Rotlichtkameras anzuschaffen. Man kann auch sagen, dass es die Budgetwahrheit gebietet, den Posten ins Budget aufzunehmen. Es wird versucht, das Budget zu erreichen, das nächste Mal legt man die Latte noch ein bisschen höher an, bis das Ganze eskaliert. Das Budget ist auch ein Führungsinstrument. Es werden Ziele gesetzt, die unbedingt erreicht werden sollen. Es gibt Beispiele, die dies belegen. Wenn es um die Effizienz und die Sicherheit geht, könnte an neuralgischen Orten ein Radar installiert werden, der blinkt und dadurch aufzeigt, dass jemand zu schnell fährt. Dadurch wird man darauf aufmerksam gemacht und kann das Tempo reduzieren. So würde man tatsächlich etwas für die Sicherheit tun. Die gängige Praxis zielt vor allem darauf ab, Geld einzunehmen. Wenn man aus Vorsicht langsamer fährt, weil man ständig auf die Geschwindig-*

keitsanzeige im Auto schaut, wird man von der Polizei herausgewinkt und bekommt gesagt, man fahre unsicher. Es wird ein Alkoholtest durchgeführt. Das habe ich schon erlebt. Bei einer Signalisation habe ich schon mehrfach bei Gelb angehalten. Einmal fuhr ein Motorradfahrer in meinen Wagen hinein und einmal beinahe die Polizei. Wenn das Budget erreicht werden soll, tut man schnell Dinge, die schikanös sind. Ich bin einmal aus Hamburg nach Hause gekommen und habe nachts um zwei Uhr meine Koffer vor dem Haus ausgeladen. Güterumschlag ist dort erlaubt. Ich musste noch auf die Toilette, als ich wieder zum Wagen kam, hatte ich eine Busse hinter der Windschutzscheibe. Ich musste nachts auf die Polizei, um zu belegen, dass ich berechtigterweise dort stand. Diese Schikanen passieren, weil der budgetierte Betrag unbedingt erreicht werden muss. Wenn man rasch etwas in die ETH bringen muss und dort auf dem breiten Trottoir steht, kommen sofort Polizisten, um zu schauen, was man dort tut. Sie lauern irgendwo und passen die Leute ab, um Bussen verteilen zu können. Es geht nicht um die Polizisten, sondern um die Anordnung, möglichst viele Bussgelder eintreiben zu sollen. Die Trouble Shooter sind ein weiteres Kapitel. Ich habe beobachtet, wie sie herumfahren und keine Konflikte schlichteten, sondern provozierten. Im Tages Anzeiger stand einmal, dass jemand bei einem Rotlicht gebüsst worden war, weil er auf die Seite gefahren ist, um die Ambulanz durchzulassen. Die Person hat sich kein Fehlverhalten zuschulden kommen lassen.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Als ich Stephan Iten (SVP) zugehört habe, habe ich mich gefragt, ob er Kinder hat. Falls er Kinder haben sollte, würde er bei Spaziergängen keine Ersatzwindeln mitnehmen. Sollte eines der Kinder in die Hose machen, wäre dies unerwartet. So wirkt seine Argumentation in Bezug auf die Bussen auf mich.

Derek Richter (SVP): Ich danke Simone Brander (SP) für ihr Votum. Sie zeigt, dass der Radarkasten an der Bucheggstrasse nichts mit der Verkehrssicherheit zu tun hat. Obwohl das Gerät dort steht, ist es zu einem Unfall gekommen. Florian Utz (SP) hat vom Ermessensspielraum gesprochen. Ich sehe vor mir ein Haus mit Sprayereien, es gibt dort Marihuanapflanzen und illegale Aufbauten. Es stinkt bestialisch nach Fäkalien und verbranntem Abfall. Die Bewohner zahlen weder Steuern, noch melden sie sich an. Es regiert die Anarchie. Fünf Meter vom Haus entfernt hat es eine semistationäre Radaranlage. Dies zeigt die Schizophrenie in dieser Stadt. Wir haben einerseits Anarchie, andererseits einen Polizeistaat.

S. 200 25 **SICHERHEITSDEPARTEMENT**
2520 **Stadtpolizei**
4370 0101 **Ertrag aus Ordnungsbussen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
077.	Antrag Stadtrat			-60 800 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP)
			5 000 000	-55 800 000	Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Auf Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen verzichten, die nichts zur Verkehrssicherheit, sondern nur zur Budgetverbesserung beitragen, Beispiel Bucheggstrasse 110 und Hohlstrasse 285

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 078.

Wortmeldungen siehe Antrag 077.

S. 204	25 2525 4370 0000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Stadtrichteramt Ertrag aus Bussen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078.	Antrag Stadtrat				-12 010 000	Mehrheit
				1 500 000	-10 510 000	Minderheit
			Begründung: Weniger Bussen verteilen			
						Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 078a.

Stephan Iten (SVP) stellt folgenden Antrag zum Budget: Es geht um das Investitionskonto. Wie Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) bereits gesagt hat, ist die Anzahl der Radarkästen stark gestiegen. Es wurden keine abgebaut und es werden immer mehr. Die meisten dienen nicht der Verkehrssicherheit. Es geht nur um das Einnehmen von Geld. Die Stadt soll keine weiteren Anlagen anschaffen. Defekte Anlagen sollen entsorgt werden. Dort, wo die Anlagen für die Verkehrssicherheit notwendig sind, sollen defekte Anlagen durch bestehende Anlagen von anderen Standorten ersetzt werden. Deshalb fordern wir auf dem Investitionskonto eine Verbesserung. Wie uns gesagt wurde, müssen unsere Inselfschutzpfeiler wegen der 2000-Watt-Gesellschaft abgebaut werden. Der Abbau der Radarkästen, die auch Strom verbrauchen, ist unser Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Ich möchte kurz die ablehnende Position begründen. Es geht nicht um neue Radarkästen, sondern um den Ersatz von Radarkästen, die nicht mehr funktionsfähig sind. Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass defekte Radarkästen ersetzt werden sollen. Wir würden ein Postulat, das Solarpanels auf den Radarkästen fordert, unterstützen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die getätigten Neuinvestitionen erfolgen analog zu den budgetierten Busseneinnahmen. Die Zustimmung der CVP erstaunt nicht. Wenn die

Radarkästen ersetzt werden, werden solche mit noch weniger Toleranz installiert. Wird auf die Verbesserung der Genauigkeit verzichtet, stehen Mittel zur Verfügung, um mehr Radargeräte beschaffen zu können. Es geht nicht nur um eine reine Ersatzbeschaffung, sondern um eine indirekte Strategie. Radargeräte tragen nicht zur Sicherheit bei. Wenn man von Innsbruck nach Kufstein fährt, gibt es eine elektronische Tafel, durch die die Geschwindigkeit begrenzt werden kann. Diese war zunächst für Smoglagen gedacht. Mittlerweile sind diese Tafeln grundsätzlich rot, selbst wenn es in der Luft kaum Staub gibt. Dadurch werden Einnahmen generiert. Auf dieser Autobahn wird aufgerüstet, die Geschwindigkeit wird zunehmend kontrolliert und die Leute werden gebüsst. Dieses Beispiel hat auch hierzulande Schule gemacht. Es geht nicht mehr um die Sicherheit, sondern nur noch um das Generieren von Einnahmen. Es handelt sich um eine verdeckte Steuer. Vielleicht ist der erwähnte Unfall deswegen passiert, weil der betreffende Autofahrer auf seine Geschwindigkeitsanzeige und nicht auf die Strasse schaute.

S. 200	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
	2520	Stadtpolizei			
	501425	Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Einrichtungen für wissenschaftlich-technische Dienste			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
078a.	Antrag Stadtrat				Stimmen
			2 307 000		3 457 000
					1 150 000
					Stephan Iten (SVP)
		Begründung:	Verzicht auf Ersatz Anlagen der Automatischen Verkehrskontrolle		

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 98 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 079.

Kommissionsreferent:

Florian Utz (SP): *Auf diesem Konto ist aus Sicht der RPK zu viel Geld eingestellt. Das Geld soll in verschiedene Projekte investiert werden, so beispielsweise in Customer Relations Management von Schutz und Rettung. Zielgruppe sind institutionelle Kunden. Die RPK ist einstimmig der Ansicht, dass es auf diesem Konto Sparpotential gibt. Es können auch andere Projekte zurückgestellt werden, wichtig ist, dass der gekürzte Betrag eingehalten wird.*

S. 208	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
	2550	Schutz und Rettung			
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
079.	Antrag Stadtrat				Stimmen
			50 000		195 000
					145 000 Zustimmung
					Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Drittaufträge hinterfragen, z. B. für Customer Relations Management

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 080.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stephan Iten (SVP): Auf diesem Konto wollen wir 37 000 Franken einsparen. 10 000 Franken wollen wir für Kaderanlässe streichen, das Kader kann an den Personalanlässen teilnehmen. 2000 Franken wollen wir bei den Personalanlässen kürzen. Letztes Jahr waren die budgetierten Kosten für die Personalanlässe weniger hoch als dieses Jahr. 2000 Franken kürzen wir bei den Mitarbeiteranlässen und den Geschenken. 10 000 Franken kürzen wir bei den Mitarbeiterinformationen. Die Rechnung 2015 zeigt auf, dass diese auch günstiger zur Verfügung gestellt werden können. 3000 Franken kürzen wir bei den übrigen Personalkosten. Gemäss Rechnung 2014 besteht hier grosses Sparpotential. 10 000 Franken für einen Sommeranlass der Geschäftsleitung wollen wir streichen. Diese waren in den letzten Jahren auch unnötig.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit findet den Antrag kleinlich. Natürlich kann man darüber diskutieren, wie die Ausgaben auf diesem Konto verteilt werden sollen. Es wird gefordert, dass die Geschäftsleitung an den Personalanlässen teilnehmen soll, denen der Betrag ebenfalls gekürzt werden soll. Dies ergibt aus Sicht der Mehrheit kaum Sinn.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Auch wenn es sich um keinen grossen Betrag handelt, geht es um das System. Es ist in Ordnung, wenn Mitarbeiteranlässe durchgeführt werden. Wenn es tatsächlich um Anlässe der Geschäftsleitung geht, dann sind dafür offenbar 20 000 Franken budgetiert. Dies finde ich fragwürdig. Die Fraktion der GLP sagte zu Beginn der Budgetdebatte, dass gespart werden müsse. Manchmal sind auch kleine Zeichen notwendig. Dadurch kann den Leuten aufgezeigt werden, dass es so nicht weitergeht. Wir sprechen hier nur über die Dienstabteilung Verkehr. Wenn für Anlässe der Geschäftsleitung 20 000 Franken ausgegeben werden sollen, wäre es ein grosses Zeichen, diese nicht auszugeben. Man muss sich überlegen, wohin sich die Stadt entwickeln soll.

Christoph Marty (SVP): Ich kann aus meinen Erfahrungen als Gewerbetreibender mit dieser Dienstabteilung berichten. Die Leute haben genug Zeit und genug Geld. Wenn sie ein bisschen weniger Geld bekommen, macht das nichts.

S. 212	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT
	2555	Dienstabteilung Verkehr
	3099 0000	Übriger Personalaufwand

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
080.	Antrag Stadtrat			80 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP)

37 000

43 000 Minderheit

Stefan Urech (SVP)
Referent, Vizepräsident
Michael Baumer (FDP),
Peter Schick (SVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Fr. 10 000 GL-Anlässe, Fr. 2000 Personalanlässe, Fr. 2000 Geschenke,
Fr. 10 000 Mitarbeitenden-Infos, Fr. 3000 Übrige, Fr. 10 000 Sommeran-
lass

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 081.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Derek Richter (SVP): Hier geht es um Lichtsignalanlagen. Der Rechnungsbetrag der letzten drei Jahre weist im Schnitt einen Betrag von 1,4 Millionen Franken aus. Der Stadtrat beantragt einen Betrag von 1,735 Millionen Franken. Es ist nicht nachvollziehbar, dass einerseits die Lichtsignalanlagen auf nachhaltige LED-Technologie umgerüstet wurden und andererseits fünf Lichtsignalanlagen weniger revidiert werden sollen. Wir verstehen nicht, wie der Stadtrat diesen Mehrbetrag rechtfertigt. In diesem Zusammenhang sollte man eine Grundsatzdebatte darüber führen, welche Lichtsignalanlagen tatsächlich der Verkehrssicherheit dienen und welche nur Kosten und Stau verursachen.

Florian Utz (SP): Die Begründung im Budgetbuch ist missverständlich. Dies führte zu einer Rückfrage der RPK. Dieses Missverständnis wurde aufgeklärt. Bereits im letzten Budget wurden nur 15, anstatt 20 Lichtsignalanlagen revidiert. Zusätzlich war es so, dass der Gemeinderat im letzten Budget bereits 150 000 Franken gestrichen hat. Wenn im Jahr 2017 wieder 15 Lichtsignalanlagen revidiert werden sollen, aber bereits 2016 eine problematische Kürzung umgesetzt worden ist, ist es nachvollziehbar, dass die Kosten nicht sinken. Wahrscheinlich geht es in diesem Antrag insgeheim darum, die Anzahl Lichtsignalanlagen zu reduzieren. Ich glaube, dass die Stadt eine gute Verkehrssteuerung besitzt, die sowohl der Verkehrssicherheit dient, als auch der Bewältigbarkeit des Verkehrsaufkommens.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Lichtsignalanlagen werden teilweise nicht dort eingerichtet, wo sie sinnvoll wären. An manchen Orten gehen Fussgänger im Gänsemarsch über den Fussgängerstreifen und blockieren dadurch den ganzen Verkehr. Dort würde eine Lichtsignalanlage einen Beitrag zum Verkehrsfluss leisten. Lichtsignalanlagen werden aber dort installiert, wo sie als Pfortneranlagen dienen. Vielleicht ist es eine indirekte Strategie. Vielleicht will man eine Rotlichtkamera installieren und dafür braucht es eine Lichtsignalanlage. Velofahrer sind nicht davon betroffen.

Stefan Urech (SVP): Elisabeth Schoch und ich leben an der Hardturmstrasse. Seit Langem wird der Verkehr mit Lichtsignalanlagen reguliert und beruhigt. Es wird nur eine bestimmte Anzahl Autos durchgelassen. Seit Jahren haben wir dort eine dauerhaft stehende Kolonne und sehr viel Verkehr.

S. 213 25 **SICHERHEITSDEPARTEMENT**
 2555 **Dienstabteilung Verkehr**
 3149 0101 **Kleinere Neu- und Umbauten: Verkehrsregelungsanlagen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
081. Antrag Stadtrat			1 735 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	160 000		1 575 000 Minderheit	
Begründung: Reduktion von 5 Lichtsignalanlagen kann nicht zu Mehrausgaben führen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 082.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): *Es geht hier um die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Wir verlangen, dass auf die vakante Stelle Projektleiter Strategie verzichtet wird. Dies soll Einsparungen in Höhe von 191 000 Franken einbringen. Konkret bedeutet dies eine Rückkehr zum Budget 2016. Die vakante Stelle soll intern mit bestehendem Personal besetzt werden.*

Walter Angst (AL): *Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Strategiestelle besetzt werden soll.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Es ist interessant, dass die RPK und der Gemeinderat mich auffordern, die Spitalstrategie vorzulegen. Wir arbeiten an dieser Strategie, es handelt sich um eine grosse Herausforderung. Ich fühle mich geschmeichelt, wenn gesagt wird, ich könne dies alles selbst tun. Es braucht aber sehr viel externes Know-how. Diese Stelle muss besetzt werden. Es braucht jemanden, der das Spital- und Gesundheitswesen kennt. Sie als Gemeinderat wollen auch, dass die Dienstabteilungen nicht alles selbst tun. Für die Steuerung braucht es das entsprechende Know-how. Die Stelle war letztes Jahr vakant, weil wir haushälterisch mit unseren Mitteln umgehen.*

S. 216 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3000 **Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung**
3010 0000 **Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082. Antrag Stadtrat			4 016 700	Mehrheit
	191 000		3 825 700	Minderheit
	Begründung: Zurück auf Budget 2016, die vakante Stelle Projektleiter Strategie soll intern mit bestehendem Personal gelöst werden			

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 083.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Guy Krayenbühl (GLP): Für insgesamt 180 000 Franken soll die Altersstrategie umgesetzt werden. Davon gehen 160 000 Franken an eine Repräsentativbefragung der über 55-jährigen Bevölkerung. Es haben bereits andere Städte solche Befragungen durchgeführt. Basel hat 2011 und 2015 ausführliche Befragungen durchgeführt. Wir sind der Ansicht, dass auf das Ergebnis dieser Befragungen zurückgegriffen werden kann. Vor diesem Hintergrund beantragen wir eine Kürzung von 120 000 Franken.

Alan David Sangines (SP): Die Altersstrategie war bislang im Rat unbestritten. Es gab mehrere Vorstösse und Weisungen. Auf diesem Konto sind 180 000 Franken für die Altersstrategie eingestellt, davon sind 150 000 Franken für die Umfrage vorgesehen. Das Ziel der Umfrage ist es, sich ein faktenbasiertes und repräsentatives Bild darüber zu machen, was die Bevölkerungsgruppe beschäftigt. Mehrere Städte haben solche Umfragen durchgeführt und es konnten wertvolle Informationen gewonnen werden. Diese Informationen können nicht so einfach auf die Zürcher Situation übertragen werden. Die Umfragen waren nicht repräsentativ. Die Stadt möchte eine repräsentative Umfrage durchführen. Dies verursacht Kosten. Wenn 120 000 Franken gestrichen werden, würden zwei Drittel der Altersstrategie weggekürzt. Wir haben das Konto genau geprüft und sehen ebenfalls Kürzungspotential. Wir beantragen eine Kürzung von 50 000 Franken.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Mario Babini (parteilos): Die SVP sagt, die SP wolle nicht sparen. Hier wird gespart. Die Umfrage finde ich effektiv und effizient. Die SP unterbreitet einen guten Vorschlag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Der Antrag der SP macht mich auch nicht glücklich. Wir budgetieren nicht einfach Fantasiebeträge. Wir haben gute Gründe für unsere Budgetierungen. Wir schöpfen nicht alle Konten aus. Wir überprüfen immer, ob sich Ausgaben wirklich lohnen. Ich finde es schade, wenn wir dafür bestraft werden, dass wir sparen. Wenn 120 000 Franken gekürzt werden, wird die Umfrage nicht durchgeführt. Bei der Kürzung von 50 000 Franken werden weniger Fragen als geplant gestellt. Wir brauchen eine eigene Umfrage. Der Gemeinderat hat den Bericht zur Altersstrategie einstimmig zur Kenntnis genommen. Man kann nicht einfach eine Strategie erarbeiten, ohne die Bedürfnisse der Zielgruppe zu kennen. Wir können die Umfrageresultate von anderen Städten nicht übernehmen. Wir prüfen selbstverständlich, was wir übernehmen können. Basel hat ein anderes Angebot und ist zudem ein Halbkanton. Dadurch hat Basel auch andere Aufgaben und Pflichten. Wir wollen wissen, was unsere alte Bevölkerung wirklich will. Sobald angefangen wird, die Fragen allgemein zu stellen, melden sich die organisierten Gruppen. Dies wollen wir nicht. Wir wollen nicht diejenigen befragen, die Angebote nutzen und gut organisiert sind. Wir wollen wissen, ob wir das richtige Angebot haben, wie sich die alten Menschen ihre Zukunft vorstellen und was sie dafür brauchen. Es kann sein, dass wir erkennen, dass manche Angebote überflüssig oder schlecht ausgerichtet sind. Die Repräsentativität ist sinnvoll, die Anzahl Fragen ebenso.*

S. 217	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083.	Antrag Stadtrat	120 000		368 200 248 200	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
		50 000		318 200	Minderheit Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Begründung: GLP: Reduzierte Ausgaben für Altersstrategie; SP: Reduktion Altersbefragungen, GL-Klausuren, Koordination Kommunikationsprojekte			

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(368 200)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(248 200)	63 Stimmen
Antrag Minderheit	(318 200)	<u>62 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 084.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Es geht um Projektbegleitung, Beratung und Organisationsentwicklung. Es handelt sich hier um Seniorenmitwirkung und ein Partnerwahlverfahren im Rahmen eines Zusammenarbeitsprojekts der Stadt Zürich mit einer Rehabilitationsinstitution. Wir beantragen die Reduktion des Budgets um 21 000 Franken. Auf die Unterstützung Dritter kann verzichtet werden. Das GUD besitzt genügend Know-how, um die Strategie umzusetzen.

Alan David Sangines (SP): Die Mehrheit findet den Antrag widersprüchlich. Seit Monaten, wenn nicht gar Jahren wird eine Spitalstrategie verlangt. Die Projektbegleitung ist ein Teil der Spitalstrategie. Dadurch sind ein sauberes Aufgleisen und eine gute Begleitung möglich.

S. 217	30 3000 3186 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat				79 000	Mehrheit
			21 000		58 000	Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Verzicht auf Unterstützung bei der Strategie der Stadtspitäler durch Dritte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 085.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Guy Krayenbühl (GLP): Für das Ambulatorium Kanonengasse soll für 60 000 Franken ein Ultraschallgerät angeschafft werden. Damit soll im Sinn eines individuellen Monitoring der Krankheitsverlauf bei 40 Suchtpatienten mit Hepatitis ermöglicht werden. Das Monitoring konnte bislang oft nicht durchgeführt werden, weil die Patienten an den vereinbarten Terminen im Spital nicht erschienen waren. Wir stellen weder die Leiden von Hepatitis-Patienten in Frage, noch wollen wir hartherzig gegenüber suchtkranken Patienten sein. Die Anschaffung des Ultraschallgeräts ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Es handelt sich um eine kleine, unzuverlässige Gruppe, die nicht daran interessiert ist,

ihren Krankheitsverlauf überwachen zu lassen. Ich möchte darauf hinweisen, dass Stadtspitäler ihre Ultraschallgeräte regelmässig auswechseln. Vielleicht kann ein ausgewechseltes Gerät von den Stadtspitälern bezogen werden.

Walter Angst (AL): In der Kommissionsberatung wurde gesagt, die Patienten sollten in das Triemlispital geschickt werden, um dort ein Ultraschall machen zu können. Wir wissen nicht, ob abgeklärt wurde, ob ein Occasiongerät beschafft werden kann. Dieser Vorschlag hätte unterbreitet werden können. Es ist notwendig, dass im Ambulatorium Kanonengasse möglichst schnell ein Ultraschallgerät steht. Wir möchten nahelegen, zu überprüfen, ob ein Occasiongerät verfügbar ist.

Weitere Wortmeldungen:

Thomas Osbahr (SVP): Wir waren bislang in der Enthaltung und wechseln nun zur Mehrheit. Es wird verlangt, ein Ultraschallgerät anzuschaffen. Die Begründung ist bemerkenswert. Es wird gesagt, dass die Suchtpatienten sich Termine nicht merken können und deshalb ein solches Gerät angeschafft werden muss. Vielleicht haben Sie auch schon einen Termin vergessen. Deshalb hat Ihr Hausarzt ein solches Gerät auch nicht gekauft.

Reto Vogelbacher (CVP): Die CVP wechselt zur Minderheit. Die Ausgangslage wurde durch die GLP geschildert. Wenn jeder Verdachtsfall an das Spital überwiesen wird, kostet das auch Geld. Ausserdem ist auch fraglich, ob ein Drogenabhängiger überhaupt am Termin erscheinen wird. Dies kann vor Ort besser gelöst werden. Die GLP will hier sparen. Im Triemlispital ist das Investitionsbudget überladen. Dort könnte wesentlich mehr ohne Beeinträchtigung des Patientenwohls eingespart werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es wurde bereits Vieles gesagt. Wir müssen jetzt nicht darüber diskutieren, warum die Patienten und Patienten Termine nicht einhalten. Wir müssen darüber diskutieren, was übertragbare Krankheiten bedeuten. Übertragbare Krankheiten können überall in der Bevölkerung übertragen werden. Es werden Geräte ersetzt, weil die alten nicht mehr funktionieren oder, weil der technische Fortschritt eine grössere Präzision erlaubt. Wenn die Geräte nur im Spital stehen, ist dies deutlich teurer, als wenn man sie auch im Ambulatorium nutzen kann. Es ist günstiger, die Diagnostizierung durchzuführen, wenn jemand schon vor Ort ist. Das Ambulatorium trägt dazu bei, dass übertragbare Krankheiten nicht weiter übertragen werden.

S. 219	30 3010 3116 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Anschaffungen medizinische Geräte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
085.	Antrag Stadtrat				77 600	Minderheit
			60 000		17 600	Mehrheit
						Enthaltung
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne) Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Auf den Kauf eines Ultraschallgeräts ist zu verzichten

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 67 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 086.

S. 220	30 3010 3180 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				1 500 400	Mehrheit
			160 000		1 340 400	Minderheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Aufwand Umsetzung Altersstrategie analog Budget 2016

Michael Schmid (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 087.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Es geht hier um die Vergütung an die OIZ für IT-Leistungen. Wir beantragen eine Reduktion der Budgetposition um 73 000 Franken. Die OIZ sind ein Selbstbedienungsladen. Mehrfach wurde festgestellt, dass jährlich ein markanter Anstieg dieser Budgetposition zu verzeichnen ist. Auf entsprechende Anfragen erhielten wir nur vage Angaben. Es ist zu befürchten, dass die OIZ versucht, die vergangenen Budgetkürzungen so zu umgehen. Eine zentrale OIZ ist besser, als wenn jedes Departement eine eigene IT-Abteilung hätte. Wir erwarten, dass die OIZ ihre Aufwendungen besser budgetieren soll. Wir sind nicht mehr gewillt, solche Erhöhungen zur Kenntnis zu nehmen. Wir wollen wissen, wofür das Geld benötigt wird. Wir wollen einen Vergleich mit anderen Städten. Wie entwickeln sich die IT-Leistungen dort? Wir fordern einen Rückgang auf das Budget 2016.

Felix Moser (Grüne): Wir haben am Mittwoch mit dem Antrag 012. mehr als 6 Millionen Franken bei den IT-Ausgaben gekürzt. Weitere Kürzungen sind unnötig.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Rolf Müller (SVP) hat zwei Aspekte nicht berücksichtigt. Die Kosten steigen, weil die SGD eine neue Abteilung aus dem Sozialdepartement übernimmt, nämlich Crossline und Lifeline. Dadurch kann das Angebot effizienter erbracht werden. Dies verursacht anfangs Kosten. Zweitens plant man nicht jedes Jahr genau denselben Betrag ein. Man schaut, was benötigt wird. Es gibt Software, die ersetzt werden muss. Dies verursacht Kosten. Im Vergleich mit anderen Städten dürfte die OIZ gut dastehen. Die RPK sollte dem nachgehen.

S. 221	30 3010 3910 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Vergütung an OIZ für IT-Leistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
087.	Antrag Stadtrat				946 800	Mehrheit
			73 000		873 800	Minderheit
		Begründung:	Kürzung, da OIZ besser budgetieren muss, jährlich stetig steigende Kosten			
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 088.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die SVP stellt einen Kürzungsantrag von 526 000 Franken. Der Aufwand nimmt in den Pflegezentren stark zu, in den letzten vier Jahren ist er um 22 Millionen Franken gestiegen. Der zusätzliche Ertrag ist weniger stark gestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Kosten zu hoch sind. Im Bereich der ambulanten Unterstützung und Beratung sehen wir Einsparpotential.

Felix Moser (Grüne): In meinem Globalbudget stehen andere Zahlen. Im letzten Jahr war das Budget höher.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es wurde unterschlagen, dass ein wesentlicher Systemwechsel erfolgte. Pflegezentren arbeiten unter den kantonalen Normkosten. Es gibt Beratungen

für demente Menschen, damit sie länger zu Hause wohnen können. Dadurch kann der Eintritt in ein Pflegeheim vermieden werden. Unter diesem Konto ist auch die aufsuchende Medizin. Wenn wir als Gesellschaft nicht wollen, dass es diese Unterstützung gibt, müssen wir hier kürzen.

S.	30 3020 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
088.	Antrag Stadtrat			966 500	Mehrheit
		526 000		440 500	Minderheit
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
		Begründung: Zurück auf Budget 2016			

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 089.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Wir stellen einen Kürzungsantrag in Höhe von 1 000 000 Franken. Der Aufwand für die Ausbildungskosten in den Pflegezentren hat sich in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt. Der Saldo in dieser Produktgruppe weist jährlich ein grösseres Minus auf, im aktuellen Budget beläuft sich der Verlust auf fast 9 Millionen Franken. Die Ausbildung von Pflegefachpersonen ist wichtig. Im Vergleich zu den erwirtschafteten Erträgen ist der Saldo zu hoch. Wir fordern eine Verbesserung auf den Stand von 2016.

Marcel Bührig (Grüne): Wir beantragen eine Erhöhung von einer Million Franken. Wir finden es gut, dass mehr Geld für die Ausbildung ausgegeben wird. Es gibt Fachkräftemangel. Die Zukunft muss gesichert werden.

Walter Angst (AL): Pflegezentren haben einen Ausbau der Ausbildungsstellen um 25 budgetiert. Es gibt insgesamt 280 Lehrstellen und 202 Praktikantenstellen. Der beantragte Ausbau würde eine Erhöhung auf 50 zur Folge haben. Es gibt zu wenige Ausbildungsplätze. Wir sind überzeugt, dass der Antrag des Stadtrats angemessen ist.

S.	30 3020 PG 4	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
089.	Antrag Stadtrat				8 823 400	Mehrheit
			1 000 000		7 823 400	Minderheit 1
				1 000 000	9 823 400	Minderheit 2
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP) Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: SVP: Zurück auf Budget 2016; Grüne: Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(8 823 400)	50 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(7 823 400)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(9 823 400)	<u>53 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 71 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 090.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Raphael Kobler (FDP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück: Da wir gegen den Antrag der Minderheit 2 verlieren würden, wechseln wir zur Minderheit 1.

Marcel Bührig (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück: Wir folgen der FDP und wechseln zur Minderheit 1.

S.	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT				
	3026	Alterszentren Stadt Zürich				
	PG 4	Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
090.	Antrag Stadtrat				5 225 000	Minderheit 1 Präsident Walter Angst (AL) Referent, Shaibal Roy (GLP)
				1 000 000	6 225 000	Minderheit 2 Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			180 000		5 045 000	Mehrheit Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Grüne: Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen; FDP: Aufwand analog Rechnung 2014			

Raphael Kobler (FDP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Marcel Bührig (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 stillschweigend zugestimmt.

Antrag 091.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Wir stellen bei den Alterszentren einen Kürzungsantrag, der dem Saldo des Budgets 2016 entspricht. Alterszentren schreiben jährlich rote Zahlen und erreichen mit einem Defizit von 2 Millionen Franken einen neuen Rückstand. Einsparungspotential gibt es in verschiedenen Bereichen.

Walter Angst (AL): Alterszentren schreiben deswegen ein Defizit, weil die Gebührenerhöhung nicht stattfand. Es soll nicht bei den Leistungen gekürzt werden.

S.	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT				
	3026	Alterszentren Stadt Zürich				
	Saldo	Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
091.	Antrag Stadtrat				6 156 200	Mehrheit Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			968 000		5 188 200	Minderheit Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Es sollte das minimale Ziel sein, den Saldo zu verbessern, auf Budget 2016			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 092.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Thomas Osbahr (SVP): Es geht um das Stadtspital Waid. Wir sind der Ansicht, dass es möglich ist, das Saldo um 500 000 Franken zu verbessern. Es sollen weitere Optimierungen und Massnahmen in allen Bereichen erfolgen. Es sollte für das Spital möglich sein, rentabler und gewinnbringender zu wirtschaften. Eine Kürzung oder Sparmassnahme soll auf keinen Fall auf dem Buckel von Patienten und Patientinnen erfolgen.

Elisabeth Schoch (FDP): Wir sind der Ansicht, dass es jetzt noch keine Strategiestelle braucht, weil noch keine Strategie existiert. Wir wurden bezüglich der Erstellung der Strategie vertröstet. Es gibt im Moment grosse Veränderung im Spitalmarkt. Es gleicht einem Blindflug, die beiden Stadtspitäler ohne Strategie zu betreiben. Entweder haben wir noch keine Strategie oder wir können sie nicht kommunizieren. Wir haben eine falsche Organisationsform. Darum können wir die Defizite nicht mehr weiter unterstützen. Dies ist kein Misstrauensvotum an die Spitalleitung. Wir können zu etwas, das wir nicht kennen, nicht zustimmen.

Walter Angst (AL): Das zuständige Departement hat zugesichert, dass im ersten Quartal 2017 erste Erkenntnisse zur besonderen Situation des Stadtspitals Triemli vorgelegt werden. Wir kennen die Debatte zu den Anlagenutzungskosten. Man kann jetzt natürlich sagen, dass wir im Dezember das Budget kürzen. Das ist unangebracht. Wenn Elisabeth Schoch (FDP) möchte, dass das Stadtspital Waid privatisiert wird, muss sie eine Motion vorlegen. Wenn das Geld entzogen wird, setzt man einen Betrieb unter Druck, der sich vor allem an die Vorgaben von Bund und Kanton halten soll. Wir können mit der heutigen Finanzierung nicht mithilfe von Effizienzsteigerungsmassnahmen ein ausgeglichenes Budget erreichen. Wir müssen diese Fragen seriös diskutieren. Es ist als positiv zu vermerken, dass die SVP das Patientenwohl berücksichtigt. Wir sind der Ansicht, dass wir das Stadtspital Waid arbeiten lassen sollen.

S.	30 3030 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Waid Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
092.	Antrag Stadtrat		500 000	5 100 000	Mehrheit Minderheit 1
			2 400 000	3 200 000	Minderheit 2
		Begründung:	SVP: Der Saldo muss verbessert werden, nicht aber auf Kosten des Patientenwohls; FDP: Spitalstrategie ist noch immer ausstehend		
					Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP), Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(5 600 000)	80 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(5 100 000)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 200 000)	<u>21 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 093.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): Die Minderheit 1 beantragt eine Verbesserung des Saldos um 1,7 Millionen Franken. Wir sind der Ansicht, dass in diesem Budget Spielraum besteht. Es sollen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die Ausgaben zu optimieren. Ich verweise auf die Trimesterberichte 1 und 2.

Elisabeth Schoch (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück: Auch hier geht es darum, dass wir die Strategie noch nicht kennen. Wir wurden mit einer Wachstumsstrategie vertröstet. Diese wird das Defizit nicht ausgleichen können. Das Defizit war absehbar. Wir wurden nicht rechtzeitig darüber informiert. Wir können einer weiteren Fortführung des Defizits nicht zustimmen, wenn wir nicht wissen, welche Massnahmen geplant sind. Wir wechseln jedoch zur Minderheit 1.

Shaibal Roy (GLP): Die GLP hat im Rahmen des Trimesterberichts 1 zum Ausdruck gebracht, dass es höchste Zeit ist, Massnahmen einzuleiten, um eine Kehrtwende in die Wege zu leiten. Uns ist klar, dass so kurzfristig eine Verbesserung um 10,7 Millionen Franken nicht möglich ist. Wir sind dankbar dafür, dass dies inzwischen eingesehen wurde. Die Verbesserung soll ohne Auswirkungen auf das Patientenwohl erfolgen. Wir wollen realistische Ziele setzen. Wenn wir dem Trimesterbericht 2 Glauben schenken, wurden bereits Massnahmen eingeleitet. Diese haben sich 2016 noch nicht in der Rechnung niedergeschlagen. Mit diesen Massnahmen ist eine Einsparung von mindestens 1 Million Franken umsetzbar. Dies ist ein Resultat, das mit aktiven Massnahmen realisiert werden kann, ohne das Patientenwohl zu gefährden oder Leute zu entlassen.

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Die Anträge sind aus meiner Sicht sehr frech. Die Minderheiten überbieten sich mit Kürzungsanträgen. Es sei keine Strategie erkennbar und das Triemlispital müsse weitere Anstrengungen unternehmen. Der Gemeinderat und das Volk haben dem Bettenhaus zugestimmt. Inzwischen haben sich die Finanzierungsmechanismen verändert. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat Aufträge erteilt, die Kosten verursachen. Dies betrifft beispielsweise die Verbesserung des Gesundheitsschutzes schwangerer Ärztinnen und Gesundheitsfachpersonen oder die Reduktion des Arbeitspensums für Ärztinnen und Ärzte. Die Mechanismen, die nicht zu einem ausgeglichenen Budget geführt haben, haben wir bereits bei den Zusatzkrediten diskutiert. Darauf werde ich nicht weiter eingehen. Ich möchte auf die Auswirkung der SpARBemühungen im Triemlispital eingehen. Diese Bemühungen

treffen das Personal voll. Das Personal hat auch mit dem Umzug in das neue Bettenhaus Überdurchschnittliches geleistet. Zum Dank erhält das Personal ein Stehapéro. Das Weihnachtessen wurde gestrichen, Stellen werden nicht mehr neu besetzt, die Arbeitsbelastung für das Personal steigt stetig. Man muss mit dem Personal sprechen, bevor solche Kürzungsanträge gestellt werden. Der Spardruck ist kaum auszuhalten. Es gibt Kündigungen von Personen, die nicht mehr können. Diese Stellen werden teilweise nicht mehr besetzt. Dies führt dazu, dass die Belastung weiter steigt. Dies ist die Realität. Man kann weiter von Sparbemühungen sprechen. Die Realität findet jetzt statt. Die Direktion des Triemlispitals ist gezwungen, massiv zu sparen. Jetzt werden weitere Sparmassnahmen gefordert. Gehen Sie ins Triemlispital und reden Sie mit dem Personal. Wie soll ohne Einfluss auf das Patientenwohl gespart werden? Wie soll dies aussehen? Das Personal gibt sich Mühe und kommt trotzdem kaum hinterher. Wenn Sie im Spital sind und klingeln, weil Sie Schmerzmittel brauchen, das Personal aber keine Zeit hat, Ihnen diese zu verabreichen, ist das nicht lustig. Das Verhalten der Bürgerlichen ist arrogant. Wenn Sie das Wohl der Mitarbeitenden nicht interessiert, dann denken Sie wenigstens marktwirtschaftlich. Leute, denen Operationen bevorstehen, sagen, dass sie lieber nicht ins Triemlispital gehen, weil man dort zu lange warten muss und das Personal kaum Zeit hat. So gehen Patientinnen und Patienten verloren, was sich auf die Finanzen auswirkt. Der Zustand im Triemli ist ernst. Deshalb haben wir überlegt, ob wir einen Antrag stellen sollen, um das Budget um 10 Millionen Franken zu erhöhen. Aus pragmatischen Gründen stimmen wir mit dem Stadtrat.

Weitere Wortmeldungen:

Dorothea Frei (SP): 1960 wollten 70 % der Zürcherinnen und Zürcher, dass auf der linken Limmattseite ein Spital entsteht, um die Versorgungslage zu verbessern. 2007 haben alle Parteien ausser der GLP dem Neubau zugestimmt. 89,7 % der Stimmbevölkerung haben ihm ebenfalls zugestimmt. Jetzt lassen die bürgerlichen Parteien das Triemlispital und das Personal hängen. Sie betreiben Machtpolitik. Dies ist unfair. Das Personal im Triemli versteht nicht, was Sie wollen. Wenn Sie eine Strategie vom Departement wollen, dann müssen Sie Stadträtin Claudia Nielsen darum bitten. Lassen Sie Ihre Wut nicht am Triemlispital aus. Selbstverständlich hat sich die Spitallandschaft verändert, die Spitalfinanzierung wurde geändert und es gibt ziemlich viele Privatspitäler, die jetzt profitieren. Öffentliche Spitäler wurden privatisiert. Wir müssen über diese neue Strategie diskutieren. Wir sind verantwortlich für das Triemlispital. Wenn gesagt wird, die Einsparungen dürften nicht auf Kosten der Patientinnen und Patienten erfolgen, ist dies naiv. Über dieses Stadium sind wir längst hinaus. Alle Angestellten des Triemlispitals kennen die Massnahmen, die im Zusammenhang mit dem Zusatzkredit 2 beschlossen wurden. Ein Freund, der im Pflegebereich arbeitet, war im Oktober Patient im Triemli und sagte, wir Zürcher würden spinnen. Wir bauen ein Leuchtturmspital und haben kein Geld für den Betrieb. Wir haben gehört, wie viel Geld in die Kassen geschwemmt wird. Der Namensaufruf ist richtig. Ab dem 01.01.2017 werden Frauen im Mutterschaftsurlaub nicht ersetzt. Rund 70 % des Personals im Pflegebereich ist weiblich. Ungefähr 70 % der Frauen sind im gebärfähigen Alter. Das Triemlispital spart nun bei den Löhnen. Das ist ein Skandal und der Stadt unwürdig.

Roger Liebi (SVP): Wenn uns eine Vertreterin der SP vorwirft, dass wir Machtpolitik betreiben, ist das ungerechtfertigt. Wir befinden uns immer in der Minderheit. Leuchtturmprojekte sind zu teuer. Wenn uns vorgeworfen wird, wird würden die Gesundheit der Patienten riskieren, dann ist das ungerechtfertigt. Wer so fahrlässig mit dem Geld umgeht, muss sich nicht wundern, wenn das Geld nicht mehr da ist. Wenn Sie kein Geld mehr haben, leidet das Personal. Wenn Sie so fahrlässig mit dem Geld umgehen, leidet das Personal. Bei der Rückweisung des Budgets wurde uns vorgeworfen, es würden Kinder sterben. Als es um die Wachstumsstrategie Triemli ging, wurden wir ausgelacht,

als wir sagten, die Rechnung könne nicht aufgehen. Jetzt wird uns vorgeworfen, die Mitarbeiter und das Patientenwohl unter Druck zu setzen. Wir haben Sie vor dieser Wachstumsstrategie gewarnt. Heute ist keine Strategie erkennbar, es gibt keine Pläne und es wird ein Projektleiter gesucht. Die Zimmer werden zu Doppelzimmern ausgebaut und man hofft auf Privatpatienten. Die Erträge werden ausbleiben. Das ist eine verfehlte Positionierung. Wir wollen keine Personalkürzungen. Sie bezeugen, dass Sie nicht mit Geld umgehen können und Sie bezichtigen die falschen Leute. Sie wollen den Tatsachen nicht in die Augen schauen. Ich bitte darum, dass wir endlich eine Strategie erhalten. Stadträtin Claudia Nielsen hat schon vor Jahren gesagt, dass sie eine Ausgliederung der Spitäler anstreben will.

Walter Angst (AL): Die Wachstumsstrategie wurde 2007 mit dem Beschluss, das Triemlispital neu zu bauen, besiegelt. Sie kennen die Fakten. Sie wissen, dass wir letzten Sommer eine Auslegeordnung hatten. Das Triemlispital hat ein Defizit von 20 bis 25 Millionen Franken. Aufgrund der Anlagennutzungskosten und wegen Aufträgen des Gemeinderats ist eine Reduktion um 15 bis 18 Millionen nicht möglich. Das Defizit bleibt. Es gibt eine Effizienzstrategie zur Reduktion von 5 bis 6 Millionen Franken. Vor Kurzem gab es eine Mitteilung durch den Kanton. Die zusätzlichen Kapazitäten in den Spitälern sind notwendig. Wenn Sie Plätze haben, müssen Sie Personal anstellen, um Umsatz zu generieren. Selbst wenn wir Massnahmen zur Dämpfung des Wachstums ergreifen, haben wir ein Wachstum. Wir müssen mit der Situation umgehen. Dies bedeutet, dass wir sie anschauen müssen. Die Wachstumsstrategie müssen wir anpassen. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat im März erste Ergebnisse erhält.

Marcel Bührig (Grüne): Roger Liebi (SVP) hat dem Neubau 2007 zugestimmt. Es war von Anfang an klar, dass ein Wachstum angestrebt wird. Das Triemlispital lässt sich sanieren, indem Massnahmen eingeleitet werden. Es wurden Massnahmen angekündigt und umgesetzt. Es ist illusorisch, Millionenbeträge einsparen zu wollen. Schauen Sie sich die Einnahmen ein. Wir müssen das Spital nachhaltig sanieren. Die Situation ist nicht optimal, niemand will Verluste in dieser Höhe. Spitäler müssen keine profitablen Grossunternehmen sein. Es ist Aufgabe eines Spitals, die Gesundheitsversorgung sicherzustellen, Pflege und medizinische Hilfe zu bieten. Es geht nicht primär um Profit. Wir warten auch auf die Spitalstrategie. Ihr Verhalten ist kontraproduktiv, wenn das Spital saniert werden soll. Wenn Kürzungen das Personal betreffen, betrifft dies auch die Patienten. Es ist nicht so, dass sich die Spitalleitung weigert, Geld zu sparen. Es wird versucht, die Situation zu verbessern. Diese Sparmassnahmen helfen dem Spital nicht, wenn das Spital profitabel werden und der Bevölkerung eine gute Gesundheitsversorgung anbieten soll. Wir sind ein öffentliches Spital. Wir müssen es nachhaltig sanieren.

Dorothea Frei (SP): Der Sprecher der Rechtskonservativen hat versucht sich aus der Verantwortung herauszureden. Roger Liebi (SVP) hat 2007 dem Neubau im Gemeinderat zugestimmt. Auf der Tribüne fehlt erstmals der Spitaldirektor Dr. Erwin Carigiet. Ich vermute, dass er das Vertrauen in den Rat verloren hat, ebenso wie einige seiner Mitarbeitenden.

Michael Schmid (FDP): Verantwortung trägt primär die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltsdepartements sowie der Stadtrat. Die Wachstumsstrategie sei 2007 besiegelt worden, so Walter Angst (AL). 2007 wurde der Neubau beschlossen und 2012 haben sich die Rechtsgrundlagen geändert. Seither fordern wir die Entwicklung einer Strategie, die auf diesen Rechtsgrundlagen basiert. Die Wachstumsstrategie ist ein Phantom. Seit Jahren werden wir vertröstet. Die Strategie muss das Spital auf eine solide Basis stellen. Hier steht der Gemeinderat in der Verantwortung. Es ist nicht tragbar, dass weitere Defizite generiert werden.

Roger Liebi (SVP): *Derjenige, der behauptet, ich habe 2007 einer Wachstumsstrategie zugestimmt, lügt. Damals ging es nicht um eine Wachstumsstrategie. Ich möchte auf die damalige Abstimmungszeitung verweisen. Dort stand, mit dem Neubau könne Geld gespart werden. Die Wachstumsstrategie habe ich klar abgelehnt, als sie im Gemeinderat behandelt wurde.*

Walter Angst (AL): *Roger Liebi (SVP) hat vor vier Jahren gesagt, die Wachstumsstrategie könne nicht erfolgreich sein. Wir waren skeptisch und sagten, es führe kein Weg daran vorbei, die geschaffenen Ressourcen zu bewirtschaften. Auf diesem Weg muss es weitergehen. Optimale Bewirtschaftung zum Wohl der Patienten und Patientinnen im Rahmen des Finanzierungsmodells muss das Ziel sein. Wir werden vernünftigerweise den Antrag der GLP unterstützen. Eine Million kann allenfalls eingespart werden. Mehr Druck bringt nur höhere Umtriebe und höhere Kosten.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Der Spitaldirektor fehlt nicht aus emotionalen Gründen. Selbstverständlich ist es so, dass durch die Zustimmung zum Neubau 2007 auch Zweierzimmern und einem Wachstum zugestimmt wurde. Wenn gesagt wird, es würden mehr Patienten und Patientinnen behandelt, dann ist das eine Wachstumsstrategie. Das Bettenhaus muss genutzt werden. Die Rechtsgrundlage wurde geändert. Die Bürgerlichen haben im Kanton die Mehrheit. Im Spitalwesen herrscht Fachkräftemangel. Wir haben ein gutes Gesundheitswesen. Patienten und Patientinnen in den Schweizer Spitälern werden gut behandelt. Ich glaube nicht, dass wir einen Notstand haben. Kaum ein Spital mit einer zeitgemässen Infrastruktur schafft es, allgemeinversicherte Patienten und Patientinnen kostendeckend zu behandeln. Dies betrifft nicht nur die Stadt. Diese Herausforderung muss noch gelöst werden. Es gibt hochdefizitäre Patienten und Patientinnen, die wir weiterhin behandeln. Spitäler sind dazu da, alle Patienten und Patientinnen unabhängig von ihrer Versicherungsklasse zu behandeln. Die Wachstumsstrategie ergibt sich aus dem Bau. Es wird gesagt, es könne problemlos gespart werden. Der Katalogeffekt macht es bei allgemeinversicherten Patienten und Patientinnen schwieriger, kostendeckend zu behandeln. Seit letztem Jahr kennen wir die Tarife für das Jahr 2012. Seit diesem Sommer kennen wir die Tarife für dieses, nächstes und übernächstes Jahr. Dies wollen wir so effektiv wie möglich in eine Spitalstrategie giessen. Diese werde ich Ihnen hoffentlich im ersten Quartal vorlegen. Wir sind weit entfernt von einem business as usual. Wenn immer mehr Patienten und Patientinnen mit gleichbleibenden Mitteln behandelt werden, bedeutet dies, dass pro Patient und Patientin weniger Mittel zur Verfügung stehen.*

Roger Liebi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück: *Wir arbeiten gerne mit Walter Angst (AL) an den Strategien und schliessen uns dem Antrag der GLP an.*

S.		30 3035 PG 1		GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
093.	Antrag Stadtrat			5 667 400	Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		1 700 000		3 967 400	Minderheit 1	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)
		10 700 000		-5 032 600	Minderheit 2	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP)

1 000 000

4 667 400 Minderheit 3

Shaibal Roy (GLP) Referent,
Christian Traber (CVP)
Präsident Walter Angst
(AL)

Enthaltung

Begründung: SVP: Der Saldo muss verbessert werden, nicht aber auf Kosten des Patientenwohls; FDP: Keine Zustimmung zu einer weiteren Verschlechterung ohne Spitalstrategie, die Kürzung entspricht der Verschlechterung abzüglich der 4,446 Mio. Fr., die geschätzt aus der Motion Bucher resultieren; GLP: Weitere Umsetzung der Anstrengungen zur Reduktion der Budgetabweichung gemäss Trimesterberichte I/II 2016

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Elisabeth Schoch (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Roger Liebi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Alan David Sangines (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alan David Sangines (SP) mit 115 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
087	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
084	Angst	Walter	AL	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
001	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
098	Baumann	Markus	GLP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN
031	Brander	Simone	SP	JA
119	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Büniger	Pablo	FDP	NEIN
003	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
062	Edelmann	Andreas	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN

030	Egloff	Mathias	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
044	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
161	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
088	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
005	Hug	Christina	Grüne	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	NEIN
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	JA
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
045	Kraft	Michael	SP	JA
102	Krayenbühl	Guy	GLP	NEIN
002	Küng	Peter	SP	JA
071	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	JA
158	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	NEIN
082	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
069	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	NEIN
140	Monn	Thomas	SVP	NEIN
024	Moser	Felix	Grüne	JA

152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	JA
111	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	NEIN
145	Rudolf	Reto	CVP	NEIN
054	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA
141	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
178	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
083	Schiwow	Michail	AL	NEIN
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
041	Seidler	Christine	SP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	NEIN
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
171	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
046	Steiner	Jonas	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	NEIN
105	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
113	Widmer	Katharina	SVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
061	Ziswiler	Vera	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 3 mit 72 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 094. und 095. (Postulat GR Nr. 2016/417)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marcel Bührig (Grüne) begründet den Antrag der Kommissionsminderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2462/2016): Wir bieten Ihnen hier eine Lösung für die steigenden Kosten in der Notaufnahme an. Wir fordern eine Notfallpraxis am Triemlispital analog zum Stadtspital Waid. Im Waidspital funktioniert die Notfallpraxis und wird immer wieder seitens der Verwaltung gelobt. Wir beantragen eine Budgeterhöhung um 500 000 Franken. Es muss nicht nächstes Jahr angefangen werden, die Notfallpraxis zu implementieren. Dafür reicht das Geld nicht. Es soll jedoch die Prüfung anhand genommen werden. Gibt es genügend Hausärzte? Wie müsste sich das bestehende System am Triemlispital verändern? Das Postulat soll gründlich geprüft werden, es sollen medizinwissenschaftliche Studien erarbeitet werden. Es soll überprüft werden, ob auf diese Weise eine Verbesserung am Triemlispital möglich ist. Heute wissen viele Leute nicht, was ein Hausarzt ist. Die Leute gehen häufiger wegen geringen Beschwerden in die Notaufnahme. Mein Mitbewohner, der in England geboren ist, geht praktisch immer ins Spital. Die Leute wissen nicht, dass es in der ganzen Stadt Notfallpraxen gibt. Deshalb wurde das System im Waidspital eingeführt. Es gibt eine Triage zwischen Notfallpraxen, Hausärzten, den Ärzten des Waidspitals und der Notaufnahme, die sich um die wirklich dringenden Fälle kümmert. Wir bitten Sie, dem Postulat zuzustimmen. Es ist sinnvoll, dies zu prüfen.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit findet den Vorschlag interessant. Die Verwaltung hat uns überzeugt, dass die Umsetzung in der bestehenden Infrastruktur nicht möglich ist. Wir müssen beim Umbau des Turms über diese Massnahmen diskutieren. Ob eine betriebswirtschaftliche Umsetzung möglich ist, müssen wir prüfen und allenfalls andere Möglichkeiten prüfen.

Thomas Osbahr (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Postulanten fordern den Stadtrat auf, zu prüfen wie am Stadtspital Triemli analog zum Waidspital eine Notfallpraxis eingerichtet werden kann. 2009 wurde die Notfallpraxis im Waidspital eröffnet und es wurden 1,9 Millionen Franken investiert. Das Triemlispital befindet sich in einer finanziellen Schieflage. Am Triemlispital, das eine fertiggestellte Notfallstation beinhaltet, wäre ein weiterer Umbau nicht zielführend. In der ganzen Stadt gibt es Notfallpraxen. Ein solcher Umbau wäre überflüssig. Sollte das Bedürfnis zu einem späteren Zeitpunkt bestehen und das Triemlispital finanziell besser dastehen, kann man über die Massnahmen diskutieren. Wir wollen im Triemlispital Planungssicherheit. In der Lesung 3 können Sie nachlesen, wie sich die Verantwortlichen gegen die Notfallpraxis wehren.

Weitere Wortmeldungen:

Reto Vogelbacher (CVP): Wir unterstützen das Postulat nicht. Marcel Bührig hat einen edlen Gedanken geäußert. Die Umsetzung ist jedoch teuer. Eine Notfallpraxis innerhalb einer Spitalinfrastruktur ist teurer als der Besuch beim Hausarzt oder in einer Permanence. Wir wollen verhindern, dass man plötzlich wegen jeder Bagatelle ins Triemlispital geht. Eine Magnetwirkung soll vermieden werden. Es gibt überall in der Stadt

Notfallpraxen. Es gibt im Stadelhofen eine Frauenpermanence und eine für Kindernotfälle am Bahnhofplatz.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Es gibt viele Argumente, die dagegen sprechen. Momentan wird im neuen Bettenhaus der Notfall gebaut. Aktuell befindet sich der funktionierende Notfall am alten Standort. Wir haben in unserem Gesundheitswesen Wahlmöglichkeiten. Es gibt keine Lösung, die für alle passt. Deshalb wurde im Rahmen eines Pilotprojekts im Waidspital die Notfallpraxis implementiert. Als man sah, wie gut sie funktioniert, wurde sie definitiv eingeführt. Im Stadtspital Triemli wurde dies nicht gemacht, weil dies wegen den Permanenzen mit den Hausärzten nicht vereinbar war. Deshalb entschied man sich bewusst für zwei verschiedene Modelle. Im Triemlispital gibt es andere Abläufe als im Waidspital. Es gibt immer weniger Hausärzte und Hausärztinnen. Es gibt immer wieder Diskussionen, wie viele Notfalldienste sie leisten müssen. Hier darauf zu setzen, dass die Hausärzte und Hausärztinnen noch mehr leisten müssen, ist kontraproduktiv. Deshalb hat man sich im Triemli für das Manchester-Triage-System entschieden. Dies bedeutet, dass leicht verletzte oder leicht erkrankte Patienten und Patientinnen über einen so genannten Fast Track hereinkommen und dort direkt behandelt werden. Diese müssen die Notfallinfrastruktur nicht in Anspruch nehmen. Dies ist ebenso effizient wie eine Notfallstruktur mit Hausärzten und Hausärztinnen. Im Waidspital gibt es auch einen Kindernotfall, der stark in Anspruch genommen wird.

S.	30 3035 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094.	Antrag Stadtrat			17 149 800	Mehrheit Präsident Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
			500 000	17 649 800	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referent
		Begründung: Schaffung einer ärztlichen Notfall-Praxis			

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 111 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

2546. 2016/417

**Postulat der Grüne-Fraktion vom 30.11.2016:
Einrichtung einer Notfallpraxis am Stadtspital Triemli**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2462/2016).

Thomas Osbahr (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/305, Beschluss-Nr. 2529/2016, Antrag Nr. 094.

Das Postulat wird mit 75 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 096.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Wir haben verschiedene Fragen gestellt. Es gibt diverse Aktionen, die wir unterstützen. Es gibt auch diverse Budgetposten, deren Nutzen fragwürdig ist. Diese belaufen sich auf 44 000 Franken. Wir sind überzeugt, dass eine fokussiertere Arbeit möglich ist.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Wir beantragen die Streichung dieses Postens. Die Stadt weist ein Defizit auf. Die Bevormundung der Bevölkerung ist nicht notwendig. Der Ökocompass zum Beispiel ist mittlerweile ausgereizt, das Energiecoaching ebenfalls. Selbst für die 2000-Watt-Gesellschaft besteht kein so grosser Kommunikationsbedarf, der in keinem Verhältnis zum Nutzen steht.*

S. 227	30 3045 3107 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
096.	Antrag Stadtrat		353 000		353 000 0 Minderheit
			25 000		328 000 Mehrheit
					Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
					Begründung: FDP: Keine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger; GLP: Budgetposten Diverses auf Hälfte beschränken

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(353 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(328 000)	82 Stimmen
Antrag Minderheit	(0)	<u>43 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 097.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Osbahr (SVP): *Es freut uns, dass das Budget gegenüber dem Budget 2016 gekürzt worden ist. Wir sind überzeugt, dass eine weitere Reduktion in allen Sparten möglich ist. Wir beantragen eine Rückkehr zum Stand der Rechnung 2015.*

Felix Moser (Grüne): *Eine Steigerung der Dienstleistungen Dritter ist nicht erkennbar. Die Mehrheit möchte diese Leistungen nicht kürzen. Dies betrifft beispielsweise auch die Badewasserkontrollen in den Bädern.*

S. 228	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat			2 627 500	Mehrheit
		253 600		2 373 900	Minderheit
		Begründung: Stete Steigerung von Leistungen an Dritte vermindern, vermehrt selber erledigen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 098.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Auf diesem Konto sind Kosten für Projektbegleitungen und die Organisationsentwicklung eingestellt. Das Projekt muss jetzt ein bis zwei Jahre weitergeführt werden. Die RPK findet den Betrag zu hoch. Die Organisationsentwicklung soll weitergeführt werden. Wir beantragen eine Reduktion um 50 000 Franken.

S. 228	30 3045 3186 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat		50 000		100 000 50 000	Zustimmung Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Externe Kosten für Organisationsentwicklung halbieren

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 099.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Osbahr (SVP): Es soll eine neue IT-Plattform geschaffen werden. Aufgrund der finanziellen Lage soll darauf verzichtet werden. Wir beantragen somit einen Rückgang auf den Stand des Budgets 2016.

Felix Moser (Grüne): Wir haben bereits eine Pauschalkürzung in Höhe von über 6 Millionen Franken durchgeführt. Wir wollen auf einzelnen Konten keine IT-Kosten mehr kürzen.

S. 228	30 3045 3189 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099.	Antrag Stadtrat				283 500	Mehrheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

201 000

82 500 Minderheit

Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Projekt für IT-Plattform auf 2018 verschieben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 044.

Kommissionsreferentin:

Dorothea Frei (SP): Die Mehrheit der RPK beantragt eine Reduktion um 80 000 Franken. Es geht um Sach- und Rechtsfragen, für die externe Gutachten eingefordert werden. Dies kann auch intern gelöst werden.

S. 140	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2000	Finanzdepartement Zentrale Verwaltung			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
044.	Antrag Stadtrat		80 000		230 000
					150 000 Zustimmung
					Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Reduktion bei Gutachten

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 045.

Kommissionsreferentin:

Dorothea Frei (SP): Auf diesem Konto hatte es immer einen Betrag in Höhe von 110 000 Franken. Dieser wurde intern auf 72 000 Franken gekürzt. Gebrauchte dieser Betrag bislang nie. Dieses Jahr gibt es zwei Projekte auf diesem Konto, so zum Beispiel die Optimierung des Beschaffungswesens. Wir gehen davon aus, dass das Projekt auch intern umgesetzt werden kann.

S. 141	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2000	Finanzdepartement Zentrale Verwaltung			
	3186 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
045.	Antrag Stadtrat		22 000		72 000
					50 000 Zustimmung
					Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
					Begründung: Zurückhaltung bei Projektbegleitungen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Widmer (SVP): *Wir streichen den Betrag für die humanitäre Hilfe im Ausland, weil es sich um keine kommunale Aufgabe handelt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich spontane Hilfe im Eintretensfall bewährt hat. Diverse spezialisierte Organisationen nehmen sich des Schicksals der Betroffenen an. Es wird auf freiwilliger Basis gesammelt und es kommen in kürzester Zeit beträchtliche Summen zusammen. Es wurde uns gesagt, dass das rote Kreuz die Hilfe der Stadt nicht nötig habe, den Betrag aber gerne entgegennehme.*

Michael Baumer (FDP): *Für die Mehrheit der RPK ist die humanitäre Hilfe im Einzelfall zu prüfen. Bei Katastrophen geht es meist nicht darum, ob die Länder oder Regionen besonders gut regiert werden. Es geht um Budgetwahrheit. Bei entsprechenden Weisungen gab es bislang klare Mehrheiten. Wir werden nachher über die Entwicklungshilfe sprechen, dort können die Mehrheiten andere sein.*

S. 141	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2000	Finanzdepartement Zentrale Verwaltung			
	3670 0099	Humanitäre Hilfe im Ausland			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
046.	Antrag Stadtrat				100 000 Mehrheit
					Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			100 000		0 Minderheit
					Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

Begründung: Keine kommunale Aufgabe

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 047.

Kommissionsminderheiten:

Simon Kälin (Grüne): *Wir beantragen eine Erhöhung des Betrags für Entwicklungsländer auf 3 Millionen Franken. Mit der beantragten Erhöhung wird das Niveau von 2016 gehalten. Angesichts der grossen Herausforderungen ist die Solidarität mit betroffenen Menschen und der Hilfe auf lokaler Ebene das Gebot der Stunde. Wirtschaftliche und politische Krisen, gewalttätige Konflikte und Naturkatastrophen, grosse Armut, Hoffnungslosigkeit und fehlende Perspektiven stellen Menschen in vielen Ländern vor grosse Herausforderungen. Ende letzten Jahres waren 65,3 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies ist der höchste Wert seit der Gründung der UNHCR. Unter diesen Flüchtlingen befinden sich rund 10 Millionen Kinder und Minderjährige. Solidarität, die Achtung der humanitären Werte, Menschenwürde und Menschenrechte sind Teil unserer Kultur und Tradition. Diese Werte müssen immer wieder neu gelebt und verteidigt werden. Dies zeigt die heutige Diskussion. Mit der gezielten Hilfe vor Ort können die Lebensumstände oft spürbar verbessert werden. So können neue Perspektiven geschaffen werden.*

Michael Baumer (FDP): *Bei der Entwicklungshilfe ist die Lage eine andere als bei der humanitären Hilfe. Der Bund befindet sich hier in der Verantwortung. Entwicklungshilfe ist selten frei von Opportunismus. Es stellt sich immer wieder die Frage, ob die Massnahmen tatsächlich sinnvoll sind. Es ist nicht zielführend, wenn die Organisationen zuerst beim Bund um Unterstützung ersuchen, danach beim Kanton und bei der Stadt. Der Nutzen der Entwicklungshilfe ist häufig fraglich. Kommt die Hilfe überhaupt bei den Leuten an? Dies ist fraglich. Die Finanzlage der Stadt lässt es nicht zu, dass wir Bundesaufgaben übernehmen.*

Christian Traber (CVP): *Es kann diskutiert werden, welche Ebene für Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern verantwortlich ist. Der Stadtrat hat vor einigen Tagen offengelegt, welche Projekte er dieses Jahr unterstützen möchte. Es werden teilweise Projekte von Bund, Kanton oder Privaten unterstützt. Es ist fraglich, ob das effizient ist. Es entspricht allerdings der Tradition und einem Gemeindebeschluss, dass die Stadt die Beiträge sprechen soll. Wir wollen die Tradition der letzten Jahre fortführen. Es wurden jährlich 2,5 Millionen budgetiert, das Budget wurde aber jeweils erhöht. Wir schliessen uns dem Stadtrat an.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Mario Babini (parteilos): *Ich möchte auf die Entwicklungshilfe in den Goldküstengemeinden eingehen. Vor einiger Zeit mussten sich einige Zürcher Seegemeinden keine Sorgen um den Steuerfuss machen. In Meilen überlegte man sich, den Steuerfuss zu erhöhen. Herr Martullo-Blocher sprang ein und zahlte freiwillig 6,5 Millionen Franken nach. Das war ein Trick, um den Steuerfuss nicht erhöhen zu müssen. Andere Gemeinden haben an anderen Orten gespart. Sie haben das Budget reduziert. Dies betraf insbesondere die Entwicklungshilfe. Diese ist jedoch im Verhältnis zur Bevölkerung weiterhin höher als in der Stadt. Die Senkung der Entwicklungszuschüsse ist besser als eine*

Erhöhung des Steuerfusses. Meilen zahlt zum Beispiel 58 % des Steueraufkommens an den Finanzausgleich. Stefan Urech (SVP) wollte ich gestern überzeugen, die Beiträge für die Entwicklungshilfe heraufzusetzen. Er verwies darauf, dass es Ökonomen gebe, die Entwicklungshilfe weder effektiv, noch effizient fänden. Die Entwicklungshilfe der Stadt ist sehr effektiv und effizient.

Stefan Urech (SVP): *Es waren keine Ökonomen, die mir sagten, Entwicklungshilfe sei ineffizient. Diplomaten und Botschafter haben Bücher darüber geschrieben. Diese Menschen haben lange in diesem Bereich gearbeitet und sagen, es sei ineffizient. Ich verstehe nicht, was ein Brunnen in Afrika mit den Flüchtlingen aus Syrien zu tun hat. Ich finde das Argument der Nachhaltigkeit schlecht. Entwicklungshilfe ist nicht nachhaltig. Seit 60 Jahren zahlen wir Milliarden nach Afrika. Es wollten noch nie so viele Menschen weg aus Afrika wie heute. Durch die Entwicklungshilfe werden die totalitären Systeme in Afrika unterstützt. Von der Entwicklungshilfe profitieren nur die hiesigen Politiker, weil sich damit Stimmen holen lassen. Ebenfalls profitieren diejenigen, die in Afrika mit Schweizer Löhnen leben und kein Interesse daran haben, dass sich etwas ändert.*

Alexander Brunner (FDP): *Ich arbeite in diesem Bereich. Auf städtischer Ebene sollte hierfür kein Geld ausgegeben werden. Wichtiger ist die Frage, ob Entwicklungshilfe etwas bewirkt. Ich habe Kunden, die für Entwicklungshilfe viel Geld spenden. Die Motivation ist häufig warm and fuzzy. Man will sich gut fühlen, man will nicht genau hinschauen und feststellen, dass die Entwicklungshilfe nicht gewirkt hat. Der Nobelpreisträger Agnus Deaten wurde im Juni 2015 in der NZZ interviewt. In seinem Buch «The Great Escape» hat er die relevanten Dinge aufgearbeitet. Er hat gesagt, dass sich Länder von innen entwickeln. Entwicklungshilfe schade den Menschen. Das ist das grosse Problem. Der Ansatz bei der Entwicklungshilfe ist falsch. Entwicklungshilfe ist mittlerweile die grösste Industrie in Afrika und sie hilft denjenigen, denen sie zugute kommen soll, nicht. Die Lösung ist nicht die Entwicklungshilfe. Ich arbeite mit einer Firma zusammen, die Solarsysteme an Menschen in Afrika verkauft. Es gibt eine zweijährige Garantie. Es werden häufig Solarsysteme von anderen Organisationen gratis abgegeben, die Solarsysteme gehen kaputt und niemand kümmert sich um Reparatur. Die Leute sind mit den verkauften Solarsystemen sehr zufrieden. Erstmals werden sie als Kunden behandelt. Das ist die Lösung. Die Leute brauchen wirtschaftliche Lösungen. Das warm and fuzzy feeling wird auf Kosten derjenigen erzeugt, die eigentlich profitieren sollten.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Michael Baumer (FDP), es ist interessant, wie einander nicht zugehört wird. Ich bin eine Alt-Nationalrätin. Die FDP argumentierte im Nationalrat, es sei wichtig, dass auch Kommunen und Kantone an die Entwicklungshilfe beitragen. Es gibt Projekte, die nichts gebracht haben und nicht nachhaltig waren. Es wurden Dinge in die Länder geliefert und man kümmerte sich nicht weiter darum. Eine Studie zeigt auf, was helfen kann. Projekte, die vor Ort mit den Leuten aufgebaut werden und die Wirtschaft vor Ort stärken, sind sinnvoll. Auch dies ist Entwicklungshilfe. Lassen Sie uns einen kleinen Beitrag leisten. Der Zuwachs an Problemen hat nichts damit zu tun, dass Entwicklungsprojekte nichts nützen, sondern damit, dass das Elend auf der Welt zunimmt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Diskussionen im Westen haben noch immer den Beigeschmack der europäischen Kolonialpolitik. Es herrscht noch immer das Gefühl vor, dass der weisse Mann und die weisse Frau den armen Afrikanern den richtigen Weg aufzeigen müssen. Wir müssen mit Afrika auf Augenhöhe kommunizieren. Wir müssen mit den Leuten sprechen, die dort leben und es besser wissen. Nachdem wir tausend Milliarden in die Entwicklungshilfe investiert haben, ist eine Entwicklungsindustrie entstanden. Die Leute haben keinen Anreiz, eigene Geschäfte zu gründen, weil sie auf das Geld des Westens warten. Es gibt Afrikaner, die sagen, dass Entwicklungshilfe schadet.*

Wir leisten Entwicklungshilfe, weil Gutmenschen noch immer das Gefühl haben, dass Afrikaner weniger wert sind. China will sich in Afrika vor allem Einfluss sichern. Afrika wird als Boomkontinent bezeichnet. Es gibt eine junge, vitale Bevölkerung. Der Mobilfunk wächst rasant. Dies ist ein Zeichen für Wohlstand. Afrika ist ein Kontinent mit grosser Zukunft. Afrika wird in diesem Jahrhundert starke Impulse setzen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Ich möchte beim Votum von Samuel Balsiger (SVP) ansetzen. Kolonialismus zeichnet sich dadurch aus, dass Grundlagen geschaffen wurden, um weite Teile dieser Welt wirtschaftlich auszubeuten. Dies ist mit der Idee der höherwertigen menschlichen Gattung in Europa verbunden. Wir sind sehr weit davon entfernt, die Ausbeutung der südlichen Hemisphäre einzustellen. Uns zu unterstellen, wir würden in diesen alten Denkmustern verhaftet sein, ist falsch. Wir müssen die Globalisierung gerechter gestalten und den Zugang zu wirtschaftlichen Märkten auf Augenhöhe gestalten. Dass unterstellt wird, wir würden nicht zur Kenntnis nehmen, dass Entwicklungshilfe noch immer in alten Mustern funktioniere, ist eine haltlose Unterstellung. Die Voten der Gegenseite legen ein vollkommen veraltetes Bild zugrunde. Es wird unterstellt, dass wir die kontraproduktive und veraltete Hilfe aufrecht erhalten würden. Sie wollen nicht wahrhaben, dass es effektive Formen der Entwicklungszusammenarbeit gibt. Darum geht es im effektiven Altruismus. Die Projekte können nach wissenschaftlichen und ökonomischen Kriterien untersucht werden. Es kann festgelegt werden, wo das Geld eingesetzt werden soll. Möglich sind beispielsweise Entwurmungen und Malarianetze. Dies bringt sehr viel. Zu sagen, dass das Geld den Menschen schadet, ist verkürzend. Die Stiftung für effektiven Altruismus hat eine Volksinitiative lanciert, die den Beitrag der Stadt zur Entwicklungszusammenarbeit massiv erhöhen will. Wir werden die Diskussion sachlich und fundiert führen können.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Eine Motion der Grünen forderte mehr Unterstützung für Entwicklungshilfe aus dem Wasserwerk. Wir einigten uns darauf, die Motion abzuschreiben und den Betrag auf 2,5 Millionen Franken zu erhöhen. Es gibt einen Volksentscheid, demzufolge im städtischen Budget ein Beitrag in Höhe von einem Steuerprozent für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden kann. Es gibt problematische Aspekte in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Gesuche werden genau geprüft. Es werden Gesuche abgelehnt oder mit Auflagen versehen. Wir wollen diesen Betrag beibehalten. Wir werden uns auch dieses Jahr an die Entscheidung des Gemeinderats halten. Würden Sie den Betrag auf 3,5 Millionen Franken erhöhen, wäre es schwierig, geeignete Projekte zu finden, die dem Qualitätsniveau entsprechen.*

S. 141	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2000	Finanzdepartement Zentrale Verwaltung				
	3670 0199	Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				2 500 000	Minderheit 1 Christian Traber (CVP) Referent, Shaibal Roy (GLP)
				500 000	3 000 000	Minderheit 2 Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			2 500 000		0	Minderheit 3 Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Enthaltung Präsident Walter Angst (AL)

Begründung: Grüne: Entwicklungshilfe vor Ort ist nachhaltig und sinnvoll; FDP: Keine Aufgabe der Stadt bei schlechter Finanzlage

Dr. Mario Babini (parteilos) stellt folgenden Antrag zum Budget:

S. 141	20	FINANZDEPARTEMENT		
	2000	Finanzdepartement Zentrale Verwaltung		
	3670 0199	Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
047a.			1 000 000	3 500 000
		Begründung:	Entwicklungshilfe ist effizient und effektiv. Deshalb Erhöhung des Budgets um Fr. 500 000 gegenüber Budget 2016	
				Stimmen
				Dr. Mario Babini (parteilos)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2 und den Antrag von Dr. Mario Babini (parteilos):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(2 500 000)	40 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 000 000)	63 Stimmen
Antrag Minderheit 3	(0)	21 Stimmen
Antrag Dr. Mario Babini (parteilos)	(3 500 000)	<u>0 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 zugestimmt.

Persönliche Erklärung:

Michael Baumer (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Abstimmung über den Antrag 047. des Budgets 2017.

Antrag 048.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Auch dieses Thema wird jährlich an der Budgetdebatte diskutiert. Wir sind überzeugt, dass dieser Beitrag keine Wirkung hat und zu hoch ist. Ich möchte Ihnen einige Zahlen kommunizieren. 2017 wird der Abschreibungsbeitrag 690 Millionen Franken betragen, 2018 728 Millionen Franken, 2019 768 Millionen Franken und danach wird nicht mehr weiterberechnet. Man weiss, dass die Beiträge weiter steigen werden. Wir müssen hier bremsen und drei Millionen Franken streichen.

Walter Angst (AL): Der Investitionsbeitrag, der zufällig Abschreibungsbeitrag heisst,

wird von Dr. Urs Egger (FDP) mit allen anderen Abschreibungsbeiträgen zusammengesetzt. Es gibt klare Regeln zum Bezug von Abschreibungsbeiträgen durch die PWG. Wenn ein Objekt gekauft wird, dessen Preis maximal 15 % über dem Beitrag, den die PWG ausgeben kann, liegt, können die Beiträge bezogen werden. Dies ermöglicht den Liegenschaftenerwerb in einer überhitzten Situation. Seit 2015 sind 3 Millionen Franken auf diesem Konto eingestellt. Theoretisch könnten wir bis zu 5 Millionen Franken einstellen. 2016 wird das Konto ausgeschöpft, 2015 wurden 1,8 Millionen Franken ausgegeben. Es handelt sich um einen klar kontrollierten Auftrag, die Abwicklung erfolgt sauber und entspricht dem Willen der Bevölkerung.

S. 143 20 FINANZDEPARTEMENT
2000 Finanzdepartement Zentrale Verwaltung
563108 Abschreibungsbeiträge an Stiftung PWG für den Kauf von Liegenschaften

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048. Antrag Stadtrat			3 000 000 Mehrheit	Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	3 000 000		0 Minderheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Begründung: Einsparung der Mittel bei schlechter Finanzlage

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 049.

Kommissionsreferentin:

Dorothea Frei (SP): Jedes zweite Jahr kürzt der Gemeinderat hier einen Betrag. Die Finanzverwaltung hat 2014 9500 Franken ausgegeben. Die Finanzverwaltung argumentiert mit HRM2. Sie braucht dort externe Gutachten und Unterstützung in der Schulung. Dies könne zwar grösstenteils intern abgewickelt werden, es werde aber externe Unterstützung benötigt. Aufträge sind noch keine vergeben. Wir sind der Ansicht, dass die Finanzverwaltung hohe interne Kompetenz aufweist.

S. 146 20 FINANZDEPARTEMENT
2015 Finanzverwaltung
3186 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
049. Antrag Stadtrat			100 000	

20 000	80 000 Zustimmung	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
--------	-------------------	---

Begründung: Zurückhaltung bei Projektbegleitungen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 050.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Es geht hier um Renovationen bei Restaurants. Eine Kürzung von 10 % sollte möglich sein. Bei denjenigen Restaurants, bei denen grössere Renovationen anstehen, sollte man einen Verkauf erwägen. Die Liegenschaftenverwaltung kann dies am besten beurteilen.*

Michael Baumer (FDP): *Es handelt sich um einen geschlossenen Rechnungskreislauf. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt überhaupt Restaurants besitzen und betreiben soll. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb diejenigen verkauft werden sollen, die renovationsbedürftig sind.*

S. 160	20 2025 3142 0102	FINANZDEPARTEMENT Restaurants Renovationen der Liegenschaften des Finanzvermögens
--------	--	--

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
050.	Antrag Stadtrat			6 650 000	Mehrheit	Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		650 000		6 000 000	Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)

Begründung: Genauer budgetieren oder Stadt soll Restaurants verkaufen, für die grosse Renovationen anstehen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 051.

Kommissionsminderheit:

Mario Mariani (CVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück: Aufgrund der beantworteten Fragen durften wir zur Kenntnis nehmen, dass rund 3,5 Millionen Franken für die Renovation und Aufwertung des Carparkplatzes aufgewendet werden sollen. Es sind verschiedene Vorhaben pendent. So wollen Privatinvestoren ein Kongresszentrum errichten. Da es offene Fragen gibt, wollten wir 500 000 Franken streichen. Stadtrat Daniel Leupi hat uns versichert, dass eine Weisung vorgelegt wird. Deshalb ziehen wir den Antrag zurück.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das Geschäft wurde vor zwei Jahren erstmals in den Medien erwähnt. Die Stadt wird nicht selbst ein Kongresszentrum auf dem Carparkplatz errichten. Deshalb soll auf dem Carparkplatz etwas getan werden. Der Platz ist in einem schlechten Zustand. Bis Sie entschieden haben, was auf dem Platz passieren wird, besteht Handlungsbedarf. Deshalb habe ich die Liegenschaftenverwaltung beauftragt, eine Projektierung an die Hand zu nehmen. Die Kanalisation ist sanierungsbedürftig. Es gibt Sicherheitsfragen, die Leute fühlen sich dort nicht sicher. Es wird Ihnen ein Geschäft vorgelegt, zu dem Sie entscheiden können.

S. 163	20 2026 3142 0000	FINANZDEPARTEMENT Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
051.	Antrag Stadtrat				1 923 000 343 000 N	Mehrheit Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			500 000		1 766 000	Minderheit Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung	Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung: Bei den zurzeit offenen Fragen macht die Aufwertung Carparkplatz keinen Sinn			

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Mario Mariani (CVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Dr. Davy Graf (SP) stellt den Ordnungsantrag auf Weiterführung der Sitzung.

Dem Ordnungsantrag wird mit 70 gegen 48 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Persönliche Erklärung:

Samuel Balsiger (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Ordnungsantrag von Dr. Davy Graf (SP).

Antrag 052.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Wir sind auf Ihren Antrag eingegangen. Offenbar nehmen Sie sich selbst nicht ernst. Wie können wir Sie dann ernst nehmen?*

Walter Angst (AL): *Urs Fehr (SVP), Sie machen zwei Denkfehler. Ich möchte der Fraktion der SVP ein Angebot unterbreiten. Der Verkauf einer Liegenschaft, deren Wert mehr als 1 Million Franken beträgt, kann durch eine Motion beantragt werden. 70 Millionen Franken im Budget als Buchgewinn einzutragen bei einem Objekt, das allenfalls 70 Millionen Franken Ertrag generieren kann, ist unzulässig. Ich bitte Sie deshalb darum, mit mir die Motion vorzubereiten, damit wir den Verkauf des Koch-Areals vorbereiten können. Weisen Sie diesen Antrag zurück.*

S. 164	20 2026 4246 0000	FINANZDEPARTEMENT Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
052.	Antrag Stadtrat				-2 700 000	Mehrheit
			70 000 000		-72 700 000	Minderheit
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verkauf Koch-Areal			

Michael Schmid (FDP) stellt den Ordnungsantrag auf Abbruch der Sitzung.

Dem Ordnungsantrag wird mit 59 gegen 51 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zugestimmt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 136, Beschluss-Nr. 2529/2016).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 17. Dezember 2016, 13.30 Uhr.